LIEBE LESERINNEN UND LESER,

heute ist der 9. November, der "Schicksalstag der Deutschen". Wie kein anderes Datum, steht dieser Tag für Hoffnung und Aufbruch, gleichzeitig aber auch für Gewalt und Schuld.

Heute vor 100 Jahren hat der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Fenster des Reichstages aus die Republik ausgerufen. Die Novemberrevolution führte zum Ende der Monarchie in Deutschland und war der Beginn der "Weimarer Republik".

20 Jahre später, in der Nacht vom 9. zum 10. November, wurden in der Reichspogromnacht Synagogen zerstört und in Brand gesetzt, jüdische Geschäfte geplündert und Menschen jüdischen Glaubens ermordet. Der 9. November 1938 war eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte und ebnete den Weg für den Holocaust

Der 9. November ist aber auch gleichzeitig ein Tag der Freiheit. Heute vor 29 Jahren brachten unsere ostdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger die Berliner Mauer zu Fall, ohne jegliche Form von Gewalt. Ein Jahr später war Deutschland wiedervereinigt.

Der heutige Tag ermahnt uns, dass wir entschieden für unsere Freiheit und Demokratie eintreten müssen und dass solche menschenfeindlichen Angriffe nie wieder geschehen dürfen.

Euer,

Misharl Others



AUS DER HAUPTSTADT

FÜR EINE STABILE GESETZLICHE RENTE

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich auf eine stabile Rente im Alter verlassen können. Um das zu gewährleisten, stoppen wir das Absinken des Rentenniveaus und sorgen dafür, dass die Renten künftig wieder wie die Löhne steigen.



Mit dem Rentenpakt, der in dieser Woche im Bundestag beschlossen wurde, garantieren wir das heutige Rentenniveau von 48 Prozent in einem ersten Schritt bis zum Jahr 2025. Das ist eine gute Nachricht für alle Menschen in diesem Land, denn gerade die junge Generation profitiert von einer Rente auf die sie sich auch in Zukunft verlassen kann. Die Rentenbeiträge der Arbeitgebenden und der Beschäftigten werden im selben Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen. Dazu wird der Bund in den kommenden Jahren mit jährlich 2 Milliarden Euro eine Demografierücklage aufbauen.

WAS HABEN WIR GEMACHT?

- Das Rentenniveau wird bis 2025 auf 48 Prozent stabilisiert. Das Rentenniveau (also das Verhältnis der Standardrente, die Versicherte erhalten, wenn sie 45 Jahre genau den Durchschnittslohn verdienen, zum jeweiligen Durchschnittslohn) wird bis 2025 bei mindestens 48 Prozent statt bisher 43% gesichert.
- Die Rentenbeiträge werden bis 2025 nicht über 20 Prozent steigen.
- Der Aufbau einer steuerfinanzierten Demografierücklage mit jährlich 2 Mrd. Euro sichert dies ab.
- Die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente werden in einem ersten Schritt auf 65 Jahre und acht Monate erhöht. In einem zweiten Schritt wird sie entsprechend der Anhebung der Regelaltersgrenze schrittweise bis 2030 auf 67 Jahre erhöht.
- Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren sind, werden mit einem weiteren halben Jahr angerechnet.
- Durch die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen werden Beschäftigte mit geringem Einkommen ("Midi-Jobs") entlastet, ohne Rentenansprüche zu verlieren. Das bedeutet, dass sie mehr Netto in der Tasche haben. Möglich macht das die Ausweitung der "Gleitzone" von 450,01 Euro auf 1.300 Euro statt vorher 850 Euro.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE

Die Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland ist so gut wie schon lange nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit ist dank Rekordbeschäftigung auf einem niedrigen Stand. Doch noch immer sind rund 750.000 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Ohne Unterstützung haben viele von ihnen absehbar keine realistische Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Damit finden wir uns nicht ab. Das Teilhabechancengesetz, das in dieser Woche im Bundestag beschlossen wurde, eröffnet Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive und ebnet den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.



Wir schaffen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit individuellen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten. Dafür werden in den kommenden Jahren zusätzlich 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um insbesondere über zwei Instrumente die Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose zu verbessern:

WAS HABEN WIR GEMACHT?

- Langzeitarbeitslose, die mindestens sechs Jahre Leistungen nach SGB II beziehen, sollen über das Instrument "Teilhabe am Arbeitsmarkt" neue Perspektiven bekommen. Durch Lohnkostenzuschüsse für bis zu fünf Jahre werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Wirtschaft, in sozialen Einrichtungen und bei Kommunen gefördert. In den ersten beiden Jahren beträgt der Zuschuss 100 Prozent, in jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte gekürzt. Wir konnten erreichen, dass sich der Lohnkostenzuschuss am Tariflohn orientiert. Damit wird es keinen Wettbewerbsnachteil für tarifgebundene Arbeitgeber geben.
- Um bereits früher Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird mit dem zweiten Instrument "Eingliederung von Langzeitarbeitslosen" eine bereits bestehende Fördermöglichkeit verbessert. Ziel ist, Beschäftigte über eine zweijährige Förderung von 75 Prozent der Arbeitsentgelte im ersten Jahr bzw. 50 Prozent im zweiten Jahr in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Ergänzend gilt für beide Gruppen, dass ihnen das Angebot an individueller Betreuung und Qualifizierung offensteht.

FAMILIEN DEN RÜCKEN STÄRKEN – DAS FAMILIENENTLASTUNGSGESETZ

Die Unterstützung und Stärkung von Familien ist uns sehr wichtig, denn Familien sind die wahren Leistungsträgerinnen unsere Gesellschaft. Damit Kinder die besten Chancen für ihre Zukunft haben, unterstützen wir Eltern, ihren Kindern dabei unter die Arme greifen zu können. Insbesondere für Familien mit geringen und



mittleren Einkommen ist die finanzielle Entlastung angesichts steigender Lebenserhaltungskosten dringend notwendig. Familien die in der Stadt wohnen, sind z. B. oft mit steigenden Mieten, insbesondere nach einem Umzug, oder Gebühren für die Kinderbetreuung konfrontiert. Dazu kommt, dass Lohnsteigerungen zu oft durch die kalte Progression steuerlich wieder aufgefressen werden.

WAS HABEN WIR GEMACHT?

- Wir stellen für Familien, insbesondere mit geringen und mittleren Einkommen, ab 2019 insgesamt 9,8 Mrd. Euro mehr zur Verfügung.
- Ab dem 1. Juli 2019 wird das Kindergeld um 10 Euro pro Kind und Monat erhöht. Zusätzlich wird der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend angepasst (2019 und 2020 um jeweils 192 Euro pro Jahr).
- Der Grundfreibetrag bei der Einkommens-steuer wird in den Jahren 2019 um 168 Euro pro Jahr und 2020 um 240 Euro erhöht.
- Ab 2019 wird die "kalte Progression" pass-genau ausgeglichen, damit Lohnsteigerungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen.

WAS FRREICHEN WIR DAMIT?

Wir sorgen dafür, dass die verfügbaren Einkommen für Familien erhöht werden. Insbesondere untere und mittlere Einkommensgruppen profitieren davon. Dazu kommen in dieser Wahlperiode weitere Entlastungen, z. B. mit der Senkung des Beitrages für die gesetzliche Krankenversicherung für Arbeitnehmende, der Abschaffung des Solidaritätszuschlages für 90 Prozent der Zahlenden oder der Befreiung von Kitagebühren für Familien mit geringen Einkommen und die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung. Zusätzlich sorgen wir mit der Mietpreisbremse, sozialen Wohnungsbau und dem Baukindergeld für weitere Unterstützung.

FÜR STARKE PFLEGE – DAS PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ

Ebenfalls in dieser Woche haben wir das Pflegepersonalstärkungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege. Gleichzeitig verbessern wir mit dem Gesetz aber auch die Situation von pflegenden Angehörigen, die zeitweise selbst darauf angewiesen sind, Reha-Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das Pflegepersonalstärkungsgesetz beinhaltet u.a. ein Sofortprogramm für 13.000 neue Stellen in stationären Pflegeeinrichtungen. Je nach Größe erhält jede Einrichtung bis zu zwei Stellen zusätzlich.



In den Krankenhäusern werden die Pflegepersonalkosten ab 2020 aus den Fallpauschalen herausgenommen und den Krankenhäusern direkt erstattet. Damit entfällt der Anreiz, Pflegekosten zu Lasten des Personals einzusparen. Jede zusätzliche Pflegekraft und alle Tarifsteigerungen für Pflegekräfte werden zukünftig voll von den Krankenkassen übernommen. Um Pflegefachkräfte nicht nur durch mehr Personal zu entlasten, verpflichten wir die Krankenkassen, mehr Mittel für Leistungen der betrieblichen Gesundheitsförderung aufzuwenden. Außerdem unterstützt der Bund zukünftig für sechs Jahre gemeinsam mit den Krankenkassen Maßnahmen zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Eine Verbesserung für pflegende Angehörige ist der Rechtsanspruch auf stationäre Reha-Leistungen. Denn wer auf Reha-Leistungen angewiesen ist und gleichzeitig einen Angehörigen pflegt, kann Reha-Leistungen für sich selbst in der Regel nicht ambulant wahrnehmen.

UMWELTAUSSCHUSS DEBATTIERT GLYPHOSAT-AUSSTIEG

Das Bundesumweltministerium hat einen Plan für einen schrittweisen Ausstieg aus der Nutzung des Breitband-Herbizids Glyphosat vorgelegt. Dazu soll die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung geändert werden. Zudem wird das Umweltbundesamt, das als Fachbehörde am Zulassungsverfahren beteiligt ist, die Zulassung biodiversitätsschädigender Produkte an einen Anwendungsvorbehalt knüpfen. Landwirte, die solche Mittel nutzen wollen, müssen auf ihren Ackerflächen einen Mindestanteil an pestizidfreien Ackerlebensräumen für Tier- und Pflanzenarten garantieren. Dieser Anwendungsvorbehalt gilt nicht nur für Glyphosat, sondern künftig für alle Pflanzenschutzmittel, die die Artenvielfalt nachweislich schädigen.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu bekannt, den Einsatz von Glyphosat grundsätzlich zu beenden. Der Ausstieg aus Glyphosat ist ein schrittweiser Prozess, den das Bundesumweltministerium mit dem federführenden Bundeslandwirtschaftsministerium gemeinsam gehen will. Ein Verbot des Mittels unter anderem in Privatgärten und Parks hat das Bundeslandwirtschaftsministerium bereits vorgeschlagen. Aus Sicht des Bundesumweltministeriums ist es zudem möglich und erforderlich, folgende Beschränkungen in die Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverordnung aufzunehmen:

- ein Verbot des Glyphosateinsatzes in ökologisch sensiblen Gebieten und in Wasserschutzgebieten
- ein Verbot für die Vorsaat- und Stoppelbehandlung und die Sikkation im Ackerbau sowie bei Sonderkulturen; diese Teilverbote dürfen durch pauschale Rückausnahmen nicht leerlaufen
- die Festlegung eines generellen Gewässerabstandes in Anlehnung an die Regelungen zu den Gewässerrandstreifen



Wir bleiben dabei: Der Einsatz von Glyphosat auf deutschen Äckern soll so bald wie möglich beendet werden. Denn Glyphosat bedroht nachweislich die Artenvielfalt in unserer Agrarlandschaft. Deshalb werden wir alle rechtlichen Hebel nutzen, um den Glyphosat-Ausstieg voranzubringen. Und nicht nur das: Den massenhaften Einsatz von Pestiziden wollen wir insgesamt drastisch reduzieren "

DAS WIR-GEFÜHL FÜR DEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Am Mittwoch hat der Bundestag in einer so genannten Orientierungsdebatte über gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland diskutiert. Die Koalition hat dazu eine Kommission eingesetzt, die bis Juli 2019 Lösungsvorschläge zur Angleichung der Lebensverhältnisse erarbeiten soll.

Noch immer gibt es in Deutschland ganze Regionen, die nicht auf gleiche Weise am Wohlstand teilhaben können, wie andere; vor allem gibt es viele Landstriche, in denen kaum noch junge Menschen leben, wo es keine Ärzte mehr gibt, kaum noch Busse fahren, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Kinos fehlen. Das gefährdet den Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

Für mich muss Politik eine gute öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten. Dazu müssten Straßen und Schienen in Schuss sein, aber auch die Jugendarbeit gefördert werden. Ein Vierklang aus Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft müsse dafür sorgen, dass jeder daran beteiligt werden kann, seine Region mitzuentwickeln. Erst dann schauen die Menschen mit Zuversicht in die Zukunft. Wir als politische Akteure müssen das Wir-Gefühl für den Zusammenhalt stärken. Es geht dabei nicht um Gleichmacherei, sondern um Gleichwertigkeit. Für mich wird Deutschland nur so stark sein, wie wir die

Schwächsten gut unterstützen. Deshalb ist es nötig, dorthin zu schauen, wo die strukturschwachen Regionen sind – in der Stadt, im Land, in Ost und in West.

FORTENTWICKLUNG DES EUROPÄISCHEN EMISSIONSHANDELS

Im November 2017 haben sich das Europäische Parlament und der Rat auf eine gemeinsame Reform des EU-Emissionshandelssystems für die Jahre 2021 bis 2030 geeinigt. Das europäische Emissionshandelssystem, das ein zentrales Instrument der europäischen und nationalen Klimaschutzpolitik ist, soll zukünftig mehr Anreize für Investitionen in geringeren CO2-Ausstoß und effiziente Reduktionen der Treibhausgasemissionen geben. Weiterhin werden mit der entsprechenden EU-Richtlinie Vorbereitungen für ein globales Klimaschutzinstrument im Luftverkehr getroffen, das in 2021 in Kraft tritt. Gegenwärtig wird der Luftverkehr beim Handel mit Emissionszertifikaten nur für innereuropäische Flüge einbezogen.

Die in dieser Woche beschlossene Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, setzt dementsprechend die EU-Richtlinien in nationales Recht um. Die Umsetzung macht den Weg frei, für die Zuteilung der Emissionszertifikate im nächsten Jahr.

KOALITION STÄRKT FEUERWEHREN MIT 100 MILLIONEN EURO

Mit dem heutigen Beschluss stärkt der Bund die Feuerwehren in noch nie dagewesener Höhe! Für die nächsten vier Jahre (2019-2022) werden wir ein Fahrzeugprogramm mit 100 Mio. Euro auflegen. Ich freue mich, dass ich zusammen mit dem zuständigen Hauptberichterstatter für den Haushaltsplan des Bundesinnenministeriums, Martin Gerster und unserem haushaltspolitischen Sprechers, Johannes Kahrs, diesen Verhandlungserfolg für unsere Feuerwehren erreichen konnte

In seiner heutigen Sitzung hat der Haushaltsausschuss auf Antrag der beiden Koalitionsfraktionen das Fahrzeugbeschaffungsprogramm für den sog. ergänzenden Katastrophenschutz mit 4 x 25 Mio. Euro beschlossen. Gleichzeitig werden mit dem Haushalt 2019 fast 60 neue Stellen beim Beschaffungsamt eingerichtet, damit die Fahrzeuge möglichst schnell dort ankommen können, wo sie gebraucht werden. Trotzdem wird es noch dauern, bis die Fahrzeuge, konzipiert, ausgeschrieben, gebaut und ausgeliefert werden und damit vor Ort ankommen. Bis dahin bitte ich die engagierten Feuerwehrmänner und -frauen noch um etwas Geduld. An fehlendem Geld oder mangelndem Personal soll es jetzt jedenfalls nicht mehr scheitern.

Nach dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Ausstattungskonzept, stellt der Bund ca. 5.000 Fahrzeuge zur Verfügung. Mit dem heute beschlossenen Fahrzeugprogramm können die noch fehlenden ca. 1.000 Fahrzeuge nun beschafft werden.



Alles in allem hat die Große Koalition auf Initiative der SPD mit dem heutigen Beschluss den Zivil- und Katastrophenschutz im Allgemeinen und die Feuerwehren im Besonderen massiv gestärkt. Allen, die sich täglich hauptund ehrenamtlich engagieren, herzlichen Dank für Ihre Arbeit und viel Erfolg bei Ihren Einsätzen.

NACHHALTIGE FINANZEN "KEIN NISCHENTHEMA"

Anhörung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung am 08.11.2018

Über nachhaltige Finanzen und die Pläne der EU-Kommission für eine Nachhaltigkeits-Taxonomie hat der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung am Mittwochabend mit drei Experten in einem öffentlichen Fachgespräch diskutiert. Ein nachhaltiges Finanzwesen bedeutet einerseits die Finanzierung zukunftsfähiger Kerngeschäfte und auf der anderen Seite die Finanzierung der Transformation unserer Wirtschaft. Das ist kein Nischenthema, sondern sollte uns als Wirtschaftsstandort permanent ganz zentral interessieren.

Für mich stellte sich in diesem Zusammenhang die Frage, dass es in der momentanen Situation nicht möglich ist, mit dem Klimawandel, den demografischen Veränderungen und den internationalen Migrationsbewegungen derart umzugehen, dass es die Realwirtschaft nach wie vor zur Wertschöpfung befähigt.

Ein zweiter Aspekt in der Beratung war die Steuerpolitik. Die Qualität dieser Ratings ist zumindest teilweise fragwürdig. ESG-Ratings sind deutlich komplizierter als klassische Bonitäts-Ratings. Daher besteht die Gefahr von Fehlallokationen. Damit droht ein Greenwashing und der Missbrauch grüner Label.

Meiner Auffassung nach ist der Tenor der Anhörung, dass es durchaus begrüßenswerte Entwicklungen gibt, beispielsweise die Betonung der Längerfristigkeit im Aktionsplan der EU-Kommission. Für mich stellt sich nach dem Gespräch dar, dass der größte Feind der Nachhaltigkeit kurzfristiges Denken ist. Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist die Finanzkrise gewesen, die mit einer kurzfristig ausgerichtete Gewinnmaximierung der Banken zu einem Kahlschlag geführt hat.



Letztendlich können Banken durchaus eine wichtige Rolle spielen, die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung umzusetzen, wenn Finanzströme in nachhaltige Projekte gelenkt werden und damit einen integralen Bestandteil eines Transformationsprozesses darstellen, an dessen Ende ein nachhaltigeres Finanz- und Wirtschaftssystem steht. Bisher reicht der politische Rahmen dafür aber nicht aus. Daher war es wichtig, dass wir uns im Nachhaltigkeitsbeirat diesem Thema zugewandt haben.

FINANZIELLE ENTLASTUNG AB 2019

Durch einen Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) werden die Städte und Gemeinden in NRW 2019 jährlich um 126 Millionen Euro entlastet. Grund dafür ist, dass der "Fonds Deutscher Einheit" bereits ein Jahr früher als vorgesehen getilgt ist, so dass die Kommunen einen Teil ihrer erhöhten Gewerbesteuerumlage nicht mehr zahlen müssen. Damit kann Hamm bereits 2019 mit einer Entlastung von rund 679.000 Euro, Lünen mit rund 360.000 Euro, Selm mit rund 97.000 Euro und Werne mit rund 254.000 EUR rechnen. Wir halten Wort und helfen den Städten und Gemeinden nachhaltig. Mit dieser strukturellen Entlastung hilft SPD-Finanzminister Olaf Scholz der kommunalen Familie direkt. Dass dies bereits ein Jahr früher als geplant umgesetzt wird, ist sehr zu begrüßen.

SOZIALER ARBEITSMARKT IN MEINEM WAHLKREIS

Der Deutsche Bundestag hat heute das Teilhabechancengesetz beschlossen. In unserer Region sind wir von besonders von hoher Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Umso wichtiger ist es, dass sich unser jahrelanger Einsatz als SPD für einen Sozialen Arbeitsmarkt gelohnt hat und wir den Menschen endlich neue Perspektiven geben können.

Zum 1. Januar 2019 wird der Soziale Arbeitsmarkt ein Regelinstrument. Zum 1. Januar 2019 wird der Soziale Arbeitsmarkt ein Regelinstrument, der Bund will dafür 4 Milliarden Euro bereitstellen. Die Ruhr-SPD-MdB hatte am 29. Oktober alle Leiterinnen und Leiter von Jobcentern

und Arbeitsagenturen aus dem Ruhrgebiet zu einem Gespräch mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil eingeladen und die Rückmeldungen mit in die parlamentarischen Beratungen einfließen lassen. Auf den letzten Metern des Gesetzgebungsverfahrens konnte die SPD jetzt noch CDU/ CSU und NRW-Arbeitsminister Laumann zu deutlichen Verbesserungen bewegen. Für uns ist vor allem wichtig, dass alle Jobs auf dem Sozialen Arbeitsmarkt nach Tarif bezahlt werden. Im Gegensatz zu Städten in anderen Landesteilen hätten wir bei uns in die Lücke zum Mindestlohn nicht allein schließen können. Teilnehmen können zudem jetzt alle Langzeitarbeitslosen, die in den vergangenen 7 Jahren 6 Jahre Leistungen vom Jobcenter bezogen haben. Außerdem profitieren Menschen mit Behinderungen und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern jetzt eher vom Sozialen Arbeitsmarkt. Zudem wollen wir die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen und das Jobcenterpersonal erhöhen. Für das Jobcenter würde dies Mittel in Höhe von rund 18.1 Mio. Euro im nächsten Jahr bedeuten. Das entspricht einem Zuwachs von 5,41 Mio. Euro im Kreis Unna und 1,99 Mio. Euro für Hamm. Das schafft einen großen Spielraum, Langzeitarbeitslose zu integrieren und ausreichend Personal im Jobcenter bezahlen zu können.

Dank dieser Verbesserungen kann der Soziale Arbeitsmarkt auch bei den Menschen in meinem Wahlkreis ankommen. Das ist ein großer sozialpolitischer Schritt, der viele Menschen wieder stärker in unsere Gesellschaft integrieren kann. Das ist wichtig für diese Menschen, unser Gemeinwohl und den Zusammenhalt in unserem Land und im Ruhrgebiet.

VON KLEINEN FORSCHERN, EINER SCHMET-TERLINGSWIESE UND UPCYCLING

Die KiTa Uphof in Hamm hatte als zweite Siegerin den Deutschen Kita-Preis nach Bockum-Hövel geholt. Die Einrichtung hatte mich nun eingeladen, um mir das Sieger-Konzept und das aktuelle Kita-Projekt "Kohle unter unseren Füßen" vorzustellen.



TOLLES PROJEKT: KOHLE UNTER UNSEREN FÜSSEN

Ich bin sehr an dem Bildungskonzept der Kita interessiert und der aktuelle bundesweite Erfolg ist wirklich berechtigt. Sehr gut finde ich die tägliche Benutzung von Materialien des Alltags, die Wiederverwendung von Stoffen und Fundsachen aus Natur und Garten. Das ist wahre Nachhaltigkeit und unterstützt Kinder, ihre natürliche Umwelt



IM GESPRÄCH MIT DEN MITARBEITERINNEN

durch eigenes Erleben besser zu verstehen. Der gemeinsame Rundgang zur Projektecke, Naturwerkstatt, Forscherinsel, Schmetterlingswiese und zur Ruhe-Oase rundete meinen Besuch ab.

DANKE KUMPEL

Am Samstag, den 3. November 2018, verabschiedete das Ruhrgebiet den deutschen Steinkohlenbergbau an fünf verschiedenen Standorten. Ich war mit vielen Freunden in Hamm dabei. Unter dem Motto "Danke Kumpel!" wurde daran erinnert, welche beeindruckenden Leistungen die Bergleute für die Menschen in unserer Region vollbracht haben. Auch ich kann nur sagen: Danke Kumpel und Glück auf!



ZUSAMMEN MIT JUSTUS MOOR UND ARTHUR ENSBACH



DER BERGMANNSCHOR SPIELT EIN LETZTES MALDAS STEIGERLIED

ERDGAS-VERDICHTERSTATION IN WERNE GEHT IN BETRIEB

Nach fünf Jahren Planungs- und Realisierungszeit ist am Montag die erweiterte Erdgas-Verdichterstation der Open Grid Europe GmbH in Werne-Ehringhausen in Betrieb gegangen. Der 170 Millionen Euro schwere Ausbau leistet einen guten Beitrag zur Versorgungssicherheit und Flexibilität der Energieversorgung in NRW und Deutschland. Ich habe bei der Eröffnungsveranstaltung



GRUSSWORT BEI DER ERÖFFNUNG

gefordert, dass es einem ökologischen Wettbewerb der Energieträger geben muss. Die Energiewende ist mehr als der Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem Braunkohleabbau, mehr als der weitere Ausbau Erneuerbarer



DER STARTKNOPF IST GEDRÜCKT

Energien. Wir brauchen einen ganzheitlichen Plan, um die verbindlichen Klimaschutzziele zu erreichen. In Verbindung mit regenerativen Energien müssen wir in Zukunft alle Möglichkeiten der Speicherung von Strom nutzen. Power-to-Gas, also die Umwandlung von Strom zu Wasserstoff oder synthetischem Methan, kann hier einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Dabei muss gelten: Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Das sind für ich drei gleichrangige Ziele der Energiewende.

"DRUMMEL ON TOUR" ERHÄLT PREIS

In dem Kinderbuch "Drummel on tour" geht das Fantasiewesen Drummel (schwedisch für Tollpatsch) auf eine Reise durch die Städte Europas und lernt dabei über unterschiedliche Länder und Kulturen. Das Besondere dabei: Das Buch ist von einem Schülerunternehmen des St. Christopherus Gymnasiums in Werne geschrieben worden. Nun wurde der Einsatz der Jugendlichen beim Bundesschülerfirmen Contest mit dem Dritten Preis belohnt.



ZUSAMMEN MIT DEN MACHERINNEN UND MACHERN VON "DRUMMEL"

JUBILAREHRUNG IN UENTROP

Gerne war ich bei der Jubilarehrung der SPD in Hamm-Uentrop. Unter anderem wurde für 65 Jahre Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Adalbert Morawietz geehrt. Meinen herzlichen Glückwunsch allen Jubilarinnen und Jubilaren.



ZUSAMMEN MIT DEN JUBILAREN UND JUBILARINNEN

TREFFEN MIT FUGE UND LIGA IN LÜNEN

Mit der FUGE (Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung) und der LIGA (Lüner Initiative gegen globale Armut) habe ich über die Themen Grundwasserqualität, Feinstaub, Massentierhaltung und Verpackungsmüll diskutiert. Wir werden auch weiterhin in engem Kontakt bleiben.



ZUSAMMEN MIT DER FUGE UND DER LIGA

KONTAKT & IMPRESSUM

E-Mail: michael.thews@bundestag.de

Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.)

PARLAMENTSBÜRO BERLIN	BÜRGERBÜRO LÜNEN	BÜRGERBÜRO HAMM
Frauke Stürenburg	Anette Janßen	Bettina Schwab-Losbrodt
Ruth Herzog	Winnie Marx	Steffen Suuck
Ioshua Fraedrich		

Platz der Republik 1 Stadttorstraße 5 Westhofenstraße 1
11011 Berlin 44532 Lünen 59065 Hamm